



Christof Dietler führt die Geschäftsstelle der Agrarallianz im Mandat.

Frage der Woche an Christof Dietler

Müssen wir in der Schweiz den Selbstversorgungsgrad erhöhen?

Bundesrat Ueli Maurer hat am Donnerstag in seiner Eröffnungsrede an der Olma gefordert, die Schweiz müsse ihren Selbstversorgungsgrad erhöhen. Steht es so schlimm um unser tägliches Brot, dass sich der Verteidigungsminister ins Dossier von Bundesrat Johann Schneider-Ammann einmischen muss? Keineswegs, denn Maurer argumentiert weitgehend faktenfrei. Noch nie in der Geschichte der Schweizer Landwirtschaft wurden so viele Kalorien produziert wie heute. Die Bruttoproduktion an Schweizer Lebensmitteln (inklusive importierter Futtermittel) stieg in den letzten zehn Jahren um 10,5 Prozent, die Nettoproduktion um 6,8 Prozent. Dies trotz dem erheblichen Flächenverbrauch an gutem Agrarland durch Überbauung. Schweizer Bauern sind leistungsfähig, nutzen den technischen und züchterischen Fortschritt, und sie arbeiten auf hohem Intensitätsniveau. Eine von Maurer postulierte Extensivierung der Landwirtschaft existiert nicht. Richtig ist: Produktion und Ökologie sind Geschwister und keine Gegensätze.

Die Schweizer Landwirtschaft hat kein Problem mit der produzierten Menge oder dem Selbstversorgungsgrad, jedoch mit der Wertschöpfung. Die Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette von Schweizer Lebensmitteln muss besser werden. Marktnahe Bauern mit ressourcenschonend hergestellten Produkten auf Augenhöhe mit dem Handel - an dieser Vision gilt es zu arbeiten. Davon profitieren die Bauern, die Natur und die Konsumenten.

Eine Fokussierung auf die produzierte Menge ist für die Ernährungswirtschaft jedoch gefährlich. Wollen wir den Selbstversorgungsgrad erhöhen, so wären die Milch- und Fleischproduktion zurückzuführen, die Exporte zu stoppen und die dadurch frei werdenden Flächen mit Ackerkulturen zu bestellen. Einen solchen Wertschöpfungsverlust kann sich die Landwirtschaft nicht leisten. Berechtigt ist hingegen Maurers Sorge um den Verlust von gutem Bauernland durch Überbauung. Mit dem revidierten Raumplanungsgesetz müssen Taten folgen.